



Vertrauensfrau für Flüchtlinge

Antrag:

Da das Projekt „Null Toleranz gegen Gewalt an Frauen- Schutz für Flüchtlingsfrauen“ von der diakonischen Bezirksstelle Freudenstadt in Kooperation mit der FrauenHilfe FDS e.V. ausgelaufen ist, nach wie vor jedoch ein hoher Bedarf besteht, beantragen wir die Einrichtung einer Vollzeitstelle für eine Vertrauensfrau für Flüchtlingsfrauen die Gewalt erlebt haben und/oder noch erleben.

Begründung:

Die diakonische Bezirksstelle Freudenstadt hat in Kooperation mit der FrauenHilfe FDS e.V. das Projekt „Null Toleranz gegen Gewalt an Frauen – Schutz für Flüchtlingsfrauen“ im April 2017 mit einer Projektlaufzeit von drei Jahren gestartet. Das Projekt wurde zu 80% durch die Deutsche Fernsehlotterie finanziert, die verbleibenden 20% wurden aus Eigenmitteln des Evangelischen Kirchenbezirks Freudenstadt bestritten. Ziel des Projektes war es unter anderem, geflüchtete Frauen durch aufsuchende Sozialarbeit zu erreichen, sie über ihre Rechte, sowie Hilfsangebote zu informieren und sie individuell zu beraten und betreuen. Dabei galt es vor allem Frauen mit Gewalterfahrungen unterstützend zur Seite zu stehen. Im Sachbericht (ist dem Antrag beigelegt) werden die Abläufe und Zahlen des zweiten Projektjahres (April 2018-April 2019) dargestellt.

Durch das Projekt konnten insgesamt 92 Frauen beraten werden. In der Beratung waren verschiedene Arten von Gewalt Thema. Ein Großteil der akut von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen hat diese bereits im Herkunftsland erlebt. Die Mehrheit der verheirateten beratenen Frauen, lebt in arrangierten Ehen oder Zwangsehen. Alle Frauen haben in ihrem Herkunftsland Gewalt zumindest indirekt miterlebt und erleben hier Gewalt z.T. ausgeübt von Schleusern/ehemaligen Zuhältern oder auch von Partnern, welche sich ebenfalls hin Deutschland aufhalten.

Leider konnte für das Projekt keine Anschlussfinanzierung gefunden werden. Dies ist umso tragischer, weil der Bedarf nach einer verlässlichen Ansprechperson weiter groß ist. Es reicht nicht aus, die Menschen allein bei ihren Papieren zu unterstützen. Was es braucht, ist eine Person, die sich Zeit nimmt, sich die Schicksale anzuhören, an ihnen Anteil nimmt, sich aber auch mit den Menschen auf den Weg macht und sie dabei unterstützt die vielfältigen Ressourcen zu sehen, die sie mitbringen und gemeinsam realistische Perspektiven zu erarbeiten.

Die Stelle einer Vertrauensfrau für Flüchtlingsfrauen, die Gewalt erlebt haben und/oder noch erleben ist aus folgenden Gründen so wichtig.

- Sexueller Missbrauch und Gewalt gegen Mädchen und Frauen gehören zur Strategie in vielen

Kriegen. Frauen und Mädchen erleben weltweit strukturelle Gewalt und Unterdrückung. Sogenannte Ehrenmorde, Zwangsabtreibungen, Zwangsheirat, Witwenverbrennungen und Genitalverstümmelungen sind Formen nichtstaatlicher Verfolgung. Systematische Bildungsbenachteiligung sind in zahlreichen Staaten weltweit Standard.

- Zu oft setzen sich Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen allerdings auch in Deutschland fort. Unzureichender Gewaltschutz in Erstaufnahme- und anderen Unterkünften, retraumatisierende Anhörungen von weiblichen Gewaltopfern, strukturelle Benachteiligung beim Zugang zu Integrationsförderung, ... - die Liste der Faktoren, die zu Ohnmachtsgefühlen und Diskriminierungserfahrungen von geflüchteten Frauen beitragen, ist lang.
- Als Ehepartnerin eines Schutzberechtigten, aber ohne eigenen Schutzstatus bestehe eine erhebliche Abhängigkeit und ein ultimatives Hindernis für ein gleichberechtigtes Leben in Deutschland.
- Flüchtlingsfrauen in Deutschland haben seltener Kontakte zu Einheimischen als Männer.
- Auch bei anderen Integrationsindikatoren wie Spracherwerb und der Beschäftigungsquote schneiden sie schlechter ab oder haben überhaupt keinen Zugang
- Dabei zeigt eine aktuelle Untersuchung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), dass sich Integrationshilfen für Frauen doppelt auszahlen, weil ihre Kinder – und besonders die Töchter – davon mit profitieren.
- Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) hat festgestellt, dass Flüchtlingsfrauen in der Summe ein niedrigeres Bildungsniveau haben als die Männer. In diesen Herkunftsländern herrscht eine große Geschlechterungleichheit. So besuchen Frauen dort seltener eine Schule und arbeiten häufig aus Armutsgründen.
- Auch halten Frauen beim Deutsch-Kurs häufiger nicht bis zum Ende durch. Sie müssen das gesamte Familienleben managen, bekommen häufig keine Unterstützung durch den Partner und geben dann (ohne Unterstützung von außen) auf.
- Wenn sie zur Abschlussprüfung erscheinen, erzielen sie aber bessere Ergebnisse als die Männer
- OECD – Studie/2018 von Thomas Liebig, Migrationsexperte in der OECD-Abteilung für Beschäftigung, Arbeit und Soziales: Integrationsmaßnahmen scheinen häufig bessere Ergebnisse zu erzielen als bei männlichen Flüchtlingen und die Integrationsmaßnahmen wirken sich positiv auf ihre Kinder aus. Frauen seien strukturell benachteiligt: "Weil sie Frauen sind, Migranten und Flüchtlinge." Das wirke sich negativ auf die Integration in den Empfangsländern aus. Frauen nehmen demnach viel seltener an Maßnahmen teil als Männer erzielen aber häufiger bessere Ergebnisse.
- Rückmeldungen aus verschiedenen Bereichen im Landkreis, welche in Gewaltthemen von Flüchtlingsfrauen beraten, führten zu der Erkenntnis das es durch den Wegfall dieser Stelle zu einer deutlichen Erhöhung des Betreuungsbedarfes gekommen ist.
- Die Förderung der Flüchtlingsfrauen bis hin zu deren Arbeitsaufnahme entlastet mittel und langfristig unser Sozialbudget. Die Integrationsmaßnahmen wirken sich auch positiv auf ihre Kinder und deren Entwicklung für unsere Gesellschaft aus.

Abschlussbericht - Projekt „Null Toleranz gegen Gewalt an Frauen – Schutz für Flüchtlingsfrauen“

Die diakonische Bezirksstelle Freudenstadt hat in Kooperation mit der FrauenHilfe FDS e.V. das Projekt „Null Toleranz gegen Gewalt an Frauen – Schutz für Flüchtlingsfrauen“ im April 2017 mit einer Projektlaufzeit von drei Jahren gestartet. Das Projekt wurde zu 80% durch die Deutsche Fernsehlotterie finanziert, die verbleibenden 20% wurden aus Eigenmitteln des Evangelischen Kirchenbezirks Freudenstadt bestritten. Ziel des Projektes war es unter anderem, geflüchtete Frauen durch aufsuchende Sozialarbeit zu erreichen, sie über ihre Rechte, sowie Hilfsangebote zu informieren und sie individuell zu beraten und betreuen. Dabei galt es vor allem Frauen mit Gewalterfahrungen unterstützend zur Seite zu stehen. Im vorliegenden Sachbericht werden die Abläufe und Zahlen des zweiten Projektjahres (April 2018-April 2019) dargestellt.

Zahlen und Herkunftsländer

Durch das Projekt konnten insgesamt 92 Frauen beraten werden. Die im Antrag angestrebte Zahl von 80 Klientinnen konnte demnach überschritten werden. Dies zeigt deutlich, welcher großer Bedarf bei den Frauen herrschte. Die eindeutige Mehrheit der beratenen Frauen stammt mit 38,04 % aus Nigeria. Dies lässt sich zum einen durch die erhöhten Zuweisungen von Nigerianer*innen in den Landkreis erklären (Nigeria gehört zu einem der Hauptherkunftsländern), zum anderen durch den hohen Beratungsbedarf. Dieser ergibt sich sowohl durch die meist sehr prekäre Aufenthaltsperspektive, als auch durch die hohe Anzahl der Überlebenden von Menschenhandel. Der folgenden Tabelle können weitere Zahlen, sowie ein Überblick über die Herkunftsländer entnommen werden.

Herkunftsland	Anzahl	In Prozent (gerundet)
Nigeria	35	38,04 %
Syrien	15	16,30 %
Afghanistan	10	10,87 %
Irak	8	8,70 %
Somalia	6	6,52 %
Eritrea	5	5,53 %
Guinea	2	2,17 %
Iran	2	2,17 %
Kosovo	2	2,17 %
Tunesien	1	1,09 %
Georgien	1	1,09 %
Albanien	1	1,09 %
Pakistan	1	1,09 %
Türkei	1	1,09 %
Mazedonien	1	1,09 %
Kamerun	1	1,09 %

gesamt	92	
---------------	-----------	--

Tabelle Überblick Herkunftsländer

Beratungsinhalte

Seit Einführung des Paktes für Integration und somit des Integrationsmanagements, verringerte sich der Beratungsbedarf bei Geflüchteten mit Aufenthaltstitel, da diese durch die Integrationsmanager*innen eine weitere Ansprechperson hin zubekamen. Dennoch konnte festgestellt werden, dass sensible Themen weiter eher mit der Projektmitarbeiterin besprochen wurden, da hier bereits ein Vertrauensverhältnis bestand und es bei den Integrationsmanager*innen im Landkreis eine hohe Fluktuation gab.

In der Beratung waren verschiedene Arten von Gewalt Thema. Akut von häuslicher Gewalt betroffen waren sechs der Frauen. Oft ging diese mit sexueller Gewalt einher. Auffällig ist, dass es, u.a. aufgrund des kulturellen Hintergrunds, für viele der Frauen nicht denkbar war, sich von ihren Partnern zu trennen. Eine der betroffenen Frauen schaffte es dennoch, sich im Laufe des Projektes zu trennen und mit ihren Kindern in eine andere Wohnung zu ziehen. Bei zwei der Frauen, die noch im 1. Projektjahr von häuslicher Gewalt berichteten, verbesserte sich die Situation und sie berichteten nicht mehr von Gewalt. Einer der beiden Partner nahm eine Täterberatung bei dem Kooperationspartner Frauenhilfe Freudenstadt e.V. wahr und begab sich in psychologische Betreuung. Eine der akut von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen konnte kurzfristig in ein Frauenhaus vermittelt werden. Da sie nur eine Duldung hatte, gestaltete sich die Suche nach einem Frauenhaus, das bereit war sie aufzunehmen, schwierig. Ein langfristiger Aufenthalt war zum einen aufgrund ausländerrechtlicher Regelungen nicht möglich, zum anderen wollte die Frau zurück in ihr gewohntes Umfeld. Sie wurde von der Projektmitarbeiterin dann zur Polizei begleitet um Strafanzeige zu stellen und außerdem bei der Suche nach einem Anwalt unterstützt der Maßnahmen nach dem Gewaltschutzgesetz einleiten konnte. Hier muss die Situation von Frauen mit Duldung dringend durch politische Maßnahmen verbessert werden.

Ein Großteil der akut von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen hat diese bereits im Herkunftsland erlebt. Die Mehrheit der verheirateten beratenen Frauen, lebt in arrangierten Ehen oder Zwangsehen. Alle Frauen haben in ihrem Herkunftsland Gewalt zumindest indirekt miterlebt. Desto größer das Vertrauen zur Projektmitarbeiterin wurde, desto mehr wurden die teilweise traumatischen Erlebnisse im Heimatland oder auf der Flucht Thema in der Beratung. Wenn nötig, wurden die Frauen in die psychiatrische Institutsambulanz des Krankenhaus Freudenstadt weitervermittelt und bei Bedarf auch dorthin begleitet. Problematisch zeigte sich die Anbindung an niedergelassene Psychotherapeut*innen. Hier stellt zum einen die sprachliche Barriere ein Hindernis dar, aber auch die ausgeschöpften Kapazitäten der Therapeut*innen. Hinzu kommt, dass die Frauen vor Therapiebeginn zunächst einmal stabilisiert werden müssen. Bei Frauen mit unsicherer

Aufenthaltsperspektive ist dies jedoch nur schwer, beziehungsweise nur bis zu einem gewissen Punkt, möglich. Hier unterstützte die durch die psychiatrische Institutsambulanz gegeben falls eingeleitete medikamentöse Behandlung insofern, als dass sie z.B. akute Reizzustände mindern konnte. Auch im Bereich der psychotherapeutischen und dann idealerweise muttersprachlichen Versorgung besteht, vor allem im ländlichen Raum, ein dringender Handlungsbedarf.

Knapp die Hälfte der betreuten Frauen aus Nigeria berichteten davon Überlebende von Menschenhandel zu sein, es ist durchaus möglich, dass noch mehr der Frauen betroffen waren, dies aber aus Scham nicht erzählten. Die Mehrzahl wurde unter einem Vorwand zunächst nach Libyen gebracht, wo sie zwangsprostituiert wurden, dann weiter nach Italien. Obwohl sie oft auch dort zur Prostitution gezwungen wurden, wurden Dublin-Verfahren eingeleitet und das BAMF wollte die Betroffenen nach Italien zurücksenden. In diesen Fällen wurden die Betroffenen bei der Anwält*innensuche oder aber Kommunikation mit ihren Anwält*innen unterstützt, um einer Rückführung entgegenzuwirken. Dabei ging es auch darum, wo notwendig, eine psychiatrische Anbindung zu schaffen um Traumatisierungen zu behandeln und auch für das Klageverfahren nachweisen zu können.

In der Beratung waren außerdem vor allem ausländerrechtliche Fragen relevant. Besonders da sich die Anzahl der Klientinnen mit unsicherer Aufenthaltsperspektive erhöhte, kamen diese Themen mehr zum Tragen. Dabei zeigte sich, dass die Frauen oft nur über unzureichende Informationen über das deutsche Asylgesetz verfügen und große Schwierigkeiten haben, dieses zu verstehen. Die Frauen kamen alle mit großen Hoffnungen und Erwartungen nach Deutschland, eine Ablehnung des Asylantrags, sowie der dazugehörigen Klage, führte zu psychischen Ausnahmesituationen. Hier war eine engmaschige Begleitung unabdingbar um realistisch Perspektiven zu entwickeln und eine Art Trauerarbeit zu leisten.

Darüber hinaus gab es einen hohen Beratungsbedarf bei Familien-, Partnerschafts- und Erziehungsfragen. Hier war auffällig, dass viele der Frauen versuchen, sich zwischen den zwei unterschiedlichen Kulturen zurechtzufinden und damit begonnen haben sich mit den Unterschieden und Gemeinsamkeiten des Familienlebens sowie der Erziehungsstile auseinanderzusetzen. Immer wieder wurde auch Kontakt zum Jugendamt aufgenommen, da einige Frauen mit ihrer persönlichen Situation schon so gefordert waren, dass sie es nicht schaffen konnten, sich ausreichend um ihre Kinder zu kümmern.

Bei den Frauen, die noch in Unterkünften des Landkreises lebten, hatte vor allem auch das Thema „Wohnraum“ eine große Bedeutung. Alle hatten den Wunsch, in eine eigene Wohnung zu ziehen, was teilweise an rechtlichen Grundlagen, teilweise an dem angespannten Wohnungsmarkt scheiterte. Vor allem für Familien mit mehreren Kindern stellt die Wohnungssuche eine große Schwierigkeit dar. Dabei ist anzumerken, dass viele der Asylbewerber*innen über Jahre hinweg in solchen Gemeinschaftsunterkünften auf engem Raum zusammenleben. Aufgrund dieser Situation, mussten innerhalb des Projektes auch häufig Streitigkeiten in den

Unterkünften geschlichtet werden. Auch bei Auseinandersetzungen zwischen Bewohner*innen und Mitarbeitenden in den Unterkünften konnte, auch zum Thema Gewaltschutz, vermittelt werden. Hier wurde die Projektmitarbeiterin ggf. auch von den Mitarbeitenden des Landratsamtes kontaktiert und um Unterstützung gebeten.

Ein Großteil der Beratenen berichtete auch von Schwierigkeiten im Umgang mit Ämtern und Behörden. Daher nahm die gezielte Information der Frauen über ihre Rechte in Deutschland, auch gegenüber Ämtern und Behörden viel Raum ein. Dies ist unabdingbar um die Frauen in ihrer Selbstwirksamkeit zu unterstützen. Wenn notwendig, wurden die Frauen auch zu Ämtern und Behörden begleitet, hier sei beispielhaft auch auf die Schwierigkeit bezüglich der Ausstellung von Geburtsurkunden hinzuweisen.

Einige der Frauen haben im Herkunftsland Kinder zurückgelassen, in der Annahme sie könnten diese bald nachholen. Da dies leider nicht der Wahrheit entsprach, bestand hier ebenfalls Beratungsbedarf. Die Frauen wurden bei der Beantragung des Familiennachzuges unterstützt, sowie auch ggf. bei der Stellung eines Härtefallantrages, wenn der Familiennachzug aufgrund des Aufenthalts nicht regulär möglich war. Außerdem wurde Kontakt zu den Botschaften im Ausland aufgenommen um regelmäßig nachzufragen, ob es Neuigkeiten gibt und auf die schwierige, kaum aushaltbare Situation der Familie hinzuweisen. Die Verfahren hier sind sehr langwierig, eine Frau wartete zu Projektende schon seit zwei Jahren darauf, ihren Sohn nachholen zu können.

Netzwerk/Kooperationspartner*innen

Die Sozialbetreuung in den Gemeinschaftsunterkünften ist im Landkreis Freudenstadt beim Landratsamt angegliedert. Hier fand ein reger Austausch mit den Sozialbetreuer*innen statt, meist gab es im Rahmen der Sprechstunden einen wöchentlichen Austausch. Im Landkreis gibt es außerdem in vier Gemeinden Integrationsbeauftragte, sowie eine Integrationsbeauftragte die beim Landratsamt angesiedelt ist. Auch hier fand regelmäßige Vernetzung statt. Seit Anfang 2018 wurden im Landkreis außerdem im Rahmen des Paktes für Integration Integrationsmanagementstellen geschaffen. Diese Integrationsmanager*innen sind für anerkannte Geflüchtete zuständig. Im Rahmen der Unterstützung von anerkannten Geflüchteten gab es im zweiten Projektjahr also neue Kooperationen und Netzwerke. Bei Fällen häuslicher Gewalt profitierte das Projekt von der Zusammenarbeit mit der Frauenhilfe Freudenstadt e.V. Besonders hilfreich sind außerdem auch die hausinternen Fachbereiche wie die Schwangerenberatung, sowie die „Fachberatung - Flüchtlinge und Ehrenamt“. Hier konnte auf dem kurzen Weg ein Austausch so wie eine gegenseitige Weitervermittlung stattfinden. War für eine Beratung eine Übersetzerin notwendig, so wurde diese über das Ehrenamtliche Dolmetschernetzwerk angefragt. Dieses ist bei der hiesigen Volkshochschule angegliedert, die Diakonische Bezirksstelle ist hier ebenfalls Kooperationspartnerin.

Durch Teilnahme an für den Arbeitsbereich relevanten Arbeitskreisen und Runden Tischen (z.B. AK Integration, Runder Tisch Gewalt im sozialen Nahbereich) wurde das Angebot weiter bekannt gemacht und die Vernetzung gefördert.

Durchgeführte Maßnahmen

Sprechstunden vor Ort

In Absprache mit dem Amt für Migration und Flüchtlinge Freudenstadt fanden regelmäßige Sprechstunden in den Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises statt. Die Frauen nahmen die Sprechstunden regelmäßig wahr, sofern sie Anliegen hatten. Bedingt durch eine hohe Fluktuation bei den Mitarbeitenden des Landratsamtes wurde die Projektmitarbeiterin zu einer wichtigen Konstante für die betreuten Frauen. Frauen die die Projektmitarbeiterin schon kannten haben sich als Türöffnerinnen erwiesen und andere Frauen bei Problemen an diese weiterverwiesen. Für den Vertrauensbau hat es sich als hilfreich herausgestellt, dass die Mitarbeiterin bei der Diakonie als freiem Wohlfahrtsträger angestellt ist und nicht etwa bei einem Amt. Viele der Frauen kennen die Diakonie schon aus den Erstaufnahmeeinrichtungen und haben dort positive Erfahrungen machen können. Gegenüber Amtsmitarbeitenden besteht teilweise Misstrauen, da die Frauen fürchten, dass Informationen z.B. an die Ausländerbehörden weitergegeben werden könnten.

Aufsuchende Arbeit in Wohnungen

Die Frauen die nicht mehr in den Unterkünften des Landkreises untergebracht sind, wurden auch in den Anschlussunterbringungen und Privatwohnungen aufgesucht. Kontakte entstanden hier durch Ehrenamtliche, Integrationsbeauftragte und Integrationsmanager*innen oder aber durch andere Klient*innen. Hier stellte sich die aufsuchende Arbeit ebenfalls als das richtige Mittel heraus, um die Frauen zu erreichen. Vor allem auch für Frauen mit mehreren Kindern, ist der Weg in eine Beratungsstelle, vor allem hier im ländlichen Raum, nur schwer zu schaffen und darüber hinaus eine große finanzielle Belastung.

Internationale Frauencafés

Im Laufe des Projektes wurden internationale Frauencafés in verschiedenen Gemeinden veranstaltet. Fanden diese im ersten Projektjahr noch in fünf verschiedenen Gemeinden statt, waren es im zweiten und dritten Projektjahr noch drei. In zwei Gemeinden aus dem ersten Projektjahr wurde entschieden, keine Frauencafés mehr anzubieten, da nur noch wenige Frauen kamen. Dies lag zum einen an Umzügen, zum anderen vermutlich daran, dass die Frauen nun vermehrt Deutschkurse besuchen und daher am Nachmittag oft auch mit anderen Angelegenheiten (Haushalt, Lernen, Arzttermine) beschäftigt waren, die sie zuvor am Vormittag erledigen konnten. Außerdem wurde die Einzelberatungen zunehmend

mehr und komplexer und verlagerten sich aufgrund der Kursteilnahmen ebenfalls vermehrt in den Nachmittag. Hier wurde folglich mehr Zeit benötigt.

In den Cafés wurden den Frauen wichtige Informationen vermittelt, außerdem wurden z.B. um die Weihnachtszeit traditionell Plätzchen gebacken um den Frauen einen Einblick in die hiesige Kultur zu geben. Genauso wurde aber auch gemeinsam das Zuckerfest gefeiert. So kam es zum interkulturellen Austausch über die unterschiedlichen Bräuche und Traditionen. Darüber hinaus wurden teilweise lokale Freizeitangebote gemeinsam besucht, die möglichst kostenfrei oder mit wenig Kosten verbunden sind. Dazu gehörten zum Beispiel die Stadtbücherei, in denen die Frauen sehr kostengünstig Bücher für sich und ihre Kinder ausleihen können, aber auch Angebote in der frischen Luft wie Erlebnispfade oder Spielplätze.

Aufklärung über Verhütungsmöglichkeiten

Da es vermehrt zu ungewollten Schwangerschaften kam wurden gemeinsam mit einer Hebamme, die beim Landratsamt angestellt war Aufklärungsangebote installiert. Bei diesen wurden den Frauen Informationen über die Abläufe in ihrem Körper und verschiedene Verhütungsmöglichkeiten vorgestellt. Das Angebot wurde dann in Einzelberatungen weitergeführt.

Öffentlichkeitsarbeit

Im Rahmen der Klausurtagung der Frauenhilfe Freudenstadt wurde in einem Vortrag mit anschließender Diskussionsrunde die Projekthalte und die spezifischen Probleme von Frauen mit Fluchthintergrund erläutert. Dabei wurde auch auf den nigerianischen Menschenhandel eingegangen und Bewusstsein für diese Problematik geschaffen.

Außerdem wurden mehrere Presseartikel veröffentlicht, sowie ein Beitrag im Diakoniemagazin. Im Oktober 2019 hielt die Projektarbeiterin außerdem im Rahmen einer Ausstellung im Kloster Kirchberg einen Vortrag über nigerianischen Menschenhandel. Außerdem klärte sie die Sozialbetreuer*innen und Integrationsmanager*innen des Landratsamtes in einer gemeinsamen Teamsitzung ebenfalls über die Situation von betroffenen von Menschenhandel auf um diese für das Thema zu sensibilisieren.

Teilnahme an Fachtagen, Fortbildungen und Prozessen in Gemeinden

Die Mitarbeiterin nahm an Bürger*innenbeteiligungsprozessen von Kommunen im Landkreis teil unter anderem um zu fördern, dass geflüchtete Frauen teilnehmen und dabei unterstützt werden ihre Bedürfnisse und Wünsche einzubringen. Außerdem nahm sie regelmäßig an themenbezogenen Fachtagen und Fortbildungen teil.

Erfahrungen und Fazit

Durch das Projekt konnte eine konstante und zuverlässige Vertrauensperson für geflüchtete Frauen im Landkreis Freudenstadt installiert werden. Über die drei Jahre hinweg konnten 92 Frauen mit ihren Kindern teilweise sehr intensiv betreut werden. Die aufsuchende Arbeit vor Ort in den Gemeinschaftsunterkünften war definitiv der richtige und geeignete Weg um mit den Frauen in Kontakt zu kommen und sich ein Bild von den jeweiligen Lebenswelten und -bedingungen zu machen.

Durch die regelmäßigen Sprechstunden wurde sichergestellt, dass alle Frauen Zugang zur Beraterin hatten. Neue Frauen in den Unterkünften wurden von ihr aufgesucht, damit auch sie über das Angebot informiert sind und dies wahrnehmen konnten. Durch die enge Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden des Landratsamtes in den Unterkünften und den regelmäßigen Austausch, konnte sichergestellt werden, dass in Konflikt- und Gewaltfällen bei denen Frauen betroffen waren, die Projektmitarbeiterin informiert wurde und bei der Auflösung der Situationen unterstützen konnte. So wurde auf dementsprechende Empfehlung und nach den Wünschen der Frau zum Beispiel im Bedarfsfall eine räumliche Trennung und ggf. auch eine Umverlegung des gewalttätigen Mannes möglich gemacht. Außerdem übernahm die Mitarbeiterin die Rolle der Vermittlerin zwischen Heimpersonal und Bewohnerinnen. Bei Beschwerden hatten die Frauen die Möglichkeit, sie zu kontaktieren und konnten sichergehen, dass ihre Anliegen weitergetragen und verfolgt wurden. Die Mitarbeiterin schaffte es, das Heimpersonal für die Situation der Bewohner*innen zu sensibilisieren und so zu einem besseren Miteinander in den Unterkünften beizutragen. Durch die Struktur des Projekts war es möglich, sich für die einzelnen Belange der Frauen ausreichend Zeit zu nehmen und in Krisensituationen stabilisierend zu wirken. Auffallend war, dass viele der Frauen, trotz der vielen Dinge die sie überlebt und gemeistert hatten, das Gefühl hatten „nichts zu können“ oder „nichts wert zu sein“. Hier war es Aufgabe der Beraterin mit den Frauen gemeinsam Ressourcenarbeit zu machen und herauszuarbeiten, dass sie wertvolle, selbstwirksame Frauen sind, die viel mitbringen und schon viel in ihrem Leben gemeistert haben. Frauen, die schon länger da waren und auch stabil, wurden nach und nach miteinbezogen um neu ankommende Frauen zu unterstützen. Mit der Zeit entwickelte sich so in den Unterkünften teilweise auch eine Selbsthilfestruktur und auch die Frauen, die aufgrund ihrer Erfahrungen große Schwierigkeiten hatten Vertrauen zu anderen zu fassen, konnten dies nach und nach wieder erlernen. In den internationalen Cafés konnten gegenseitige Vorurteile abgebaut werden und es entstanden tragfähige Beziehungen zwischen Frauen verschiedener Kulturen. Die Cafés wurden für manch eine ein „Ausbruch aus dem Alltag“ und ein sicherer Ort, an dem auch sensible Themen mit anderen Frauen besprochen werden konnten. Wichtig war hier auch, dass auch viel zusammen gelacht und gefeiert werden konnte. Sowieso war Humor und gemeinsames Lachen, trotz der schwierigen Themen, ein wichtiger Bestandteil des Projekts. Gute Neuigkeiten wurden gemeinsam gefeiert, für schlechte suchte man gemeinsam Möglichkeiten.

Das Projekt zeigte jedoch auch die Grenzen des derzeitigen Asylsystems auf. So ist es völlig klar, dass es in Unterkünften, in denen Menschen auf engstem Raum

zusammenleben zu, auch gewalttätigen, Konflikten kommt. Gleichzeitig verwehrt man den Menschen je nach Status jedoch sich eine Arbeit zu suchen oder eine eigene Wohnung zu suchen. Die Schreiben von Ämtern und Behörden, die schon von vielen Deutschen kaum verstanden werden, sind für geflüchtete Menschen völlig unverständlich. Diese Schwierigkeit ist nur mit viel Geduld und etlichen Informationen über das deutsche System zu lösen. Dies kostet viel Zeit, die die Mitarbeitenden in den Unterkünften mit den derzeitigen Betreuungsschlüsseln kaum aufbringen können. Jetzt, da das Projekt zu Ende ist, haben viele der Frauen Sorge, dass ihnen niemand mehr ihre Briefe auf eine verständliche Art und Weise erklären kann. Des Weiteren stellt, wie bereits erwähnt, die psychotherapeutische Versorgung der Geflüchteten Menschen ein großes Problem dar. Es gibt viel zu wenig Plätze und eine muttersprachliche Versorgung ist bislang, zumindest im ländlichen Raum, nicht möglich. Im Projekt wurde eine afghanische Frau betreut, die unter psychotischen Schüben und Wahnvorstellungen litt, aber in keiner Klinik aufgenommen werden konnte, weil keine Verständigung möglich war. In diesem Fall wurde von der Projektmitarbeiterin eine Dolmetscherin organisiert, die zumindest eine Diagnostik und Medikamentengabe über die psychiatrische Institutsambulanz möglich machte. In der akuten Phase wurde die Frau täglich aufgesucht und zu allen Terminen begleitet. Für diese Menschen fehlt es an zuverlässigen Regelangeboten die in Akutsituationen eine Versorgung sicherstellen. Es braucht mehr aufsuchende Angebote.

Leider konnte für das Projekt keine Anschlussfinanzierung gefunden werden. Dies ist umso tragischer, als dass der Bedarf nach einer verlässlichen Ansprechperson weiter groß ist. Es reicht nicht aus, die Menschen allein bei ihren Papieren zu unterstützen. Was es braucht, ist eine Person sich Zeit nimmt, sich die Schicksale anzuhören, an ihnen Anteil nimmt, sich aber auch mit den Menschen auf den Weg macht und sie dabei unterstützt die vielfältigen Ressourcen zu sehen, die sie mitbringen und gemeinsam realistische Perspektiven zu erarbeiten.

Wir sind dankbar, dass wir durch die Unterstützung der deutschen Fernsehlotterie die geflüchteten Frauen im Landkreis Freudenstadt drei Jahre lang intensiv und gut betreuen konnten und dafür, dass viele der Frauen ihre Ressourcen und Stärken erkennen konnten und auf einem guten Weg sind, sich in Deutschland zurechtzufinden.

Tobias Ditlevsen

Geschäftsführer Diakonische Bezirksstelle

Iris Wiedmaier

Projektmitarbeiterin